

Wahlprüfsteine AWO

1. Wie definiert Ihre Partei soziale Gerechtigkeit in Thüringen und wie steht sie zum System der Leistungserbringung durch die Freie Wohlfahrtspflege?

Gerechtigkeit ist für Liberale eine Grundlage des Zusammenlebens in einer freiheitlichen Gesellschaft. Chancengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz sind Teil davon. Was Gerechtigkeit und damit auch soziale Gerechtigkeit konkret bedeutet, muss immer wieder neu gefasst werden. Dafür kann es in einer offenen Gesellschaft keine endgültige Antwort geben. Für uns ist das Prinzip der Fairness Voraussetzung und Maßstab der Suche nach Gerechtigkeit.

Die Leistungserbringung in der Freien Wohlfahrtspflege ist für uns ein Gebot der Subsidiarität. Liberale streben an, den einzelnen Bürgern – und damit auch ihren Vereinigungen – möglichst viele Entscheidungen selbst zu überlassen und ihnen so die Möglichkeit zu geben, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Wir geben der Freien Wohlfahrtspflege deshalb den Vorrang vor staatlichem Handeln.

2. Welches Konzept, welche Ideen und Projekte hat Ihre Partei in Bezug auf den demografischen Wandel, von dem besonders die ländlichen Regionen betroffen sind.

Im ländlichen Raum kommt es darauf an, auch in Zukunft ein attraktives Lebensumfeld, gerade auch für junge Familien, zu gewährleisten. Der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und die verkehrliche Anbindung sind dafür wichtige Faktoren. So wollen wir beispielsweise möglichst alle Grundschulstandorte erhalten. Auch der Erhalt wohnortnaher medizinischer Versorgungsstrukturen wird zunehmend zum Standortfaktor. Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag hat dazu unter dem Titel „Thüringengesund!“ ein Drei-Säulen-Modell – bestehend aus der richtigen Nutzung der Möglichkeiten des Versorgungstrukturgesetzes, einer Stärkung der medizinischen Ausbildung in Thüringen und dem Ausbau kommunaler Verantwortung im Bereich der medizinischen Versorgung – entwickelt. Die FDP setzt sich zudem für den Ausbau und Weiterentwicklung der Regionalbudgets ein.

3. Wie will Ihre Partei Kindertagesstätten und Schulen gestalten, um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit unabhängig der sozialen Herkunft zu stärken?

Für die FDP ist entscheidend, dass alle Kinder am Beginn ihrer Schulzeit gleiche Chancen auf eine erfolgreiche Schulkarriere erhalten. Dazu setzen wir auf gute frühkindliche Bildung in den Kindertageseinrichtungen mit möglichst viel Wahlfreiheit für die Eltern und einem Wettbewerb um die besten Angebote. Mit der Einführung eines beitragsfreien letzten Kita-Jahres mit Vorschulcharakter wollen wir den

Übergang zur Grundschule erleichtern und die Gebührenbelastung der Familien, die im Moment besonders stark die mittleren Einkommen trifft, senken.

Ein gutes Schulsystem bemisst sich für uns in allererster Linie daran, wie gut es auf das spätere Leben vorbereitet. Das Leistungsprinzip ist eine Voraussetzung für Chancengleichheit unabhängig von der sozialen Herkunft. Wir brauchen deshalb ein Schulsystem, das die Schüler ihren unterschiedlichen Begabungen entsprechend fördert und in dem Leistung und Anstrengung mit Noten und der Versetzung in die nächste Klassenstufe belohnt werden können.

4. Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen fördern?

Die FDP unterstützt grundsätzlich das Modellprojekt "Budget für Arbeit" aus Rheinland-Pfalz, jedoch als eine bundeseinheitlich geltende Regelung. Das Projekt ist ein gelungener Ansatz für Menschen mit Behinderung, sie aus der stigmatisierenden Situation einer Behindertenwerkstatt herauszuholen und ihnen zu ermöglichen, in der freien Wirtschaft Fuß zu fassen. Dies ist eine sehr gute Einstiegsmöglichkeit für beide Seiten auf dem Arbeitsmarkt: für fähige Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, aber auch für Unternehmer und Betriebe, die Menschen mit Behinderungen in das Normalleben überführen und ihnen die Möglichkeit geben, nicht nur in diese Bereiche einzusteigen, sondern sich auch langfristig dort fortzuentwickeln. Hervorzuheben ist weiterhin, dass das Projekt nicht wie eine Einbahnstraße, sondern in jede Richtung funktionieren kann. Also auch einen Schritt zurück in die Werkstätten, wenn es individuell oder subjektiv vielleicht beim ersten Versuch nicht geklappt hat, aber vielleicht auch mal objektiv nicht funktioniert hat, und damit auch späteren Wegen weiter offen entgegenzustehen.

5. Wie wird Ihre Partei dem bereits bestehenden und sich verstärkenden Fachkräftemangel entgegenwirken?

Um Fachkräfte und ihre Familien im Freistaat zu halten, fordert die FDP beitragsfreie Kitas und den Ausbau flexibler Kinderbetreuung. Der Wunsch nach beruflicher Entfaltung darf nicht der Familiengründung im Wege stehen und umgekehrt. Auch Alleinerziehende müssen die Möglichkeit haben, erwerbstätig zu sein und damit ihren Kindern ein behütetes Zuhause und optimale Zukunftschancen zu schaffen. Grundsätzlich braucht unser Freistaat weniger Vorschriften, stattdessen Rahmenbedingungen für mehr Unternehmergeist, Risikobereitschaft und Verantwortung. Jegliche unnötige bürokratische Belastungen müssen schnell abgebaut werden.

6. Was plant Ihre Partei, um Rassismus und Diskriminierung intensiv zu bekämpfen?

Toleranz und Akzeptanz gegenüber Anderssein ist ein zutiefst bürgerlicher Wert. Wir brauchen dafür eine entsprechende wertegebundene Bildung in der Schule. Wir wollen aber nicht nur Diskriminierungen verhindern, sondern auch eine vielfältige Gesellschaft und Arbeitswelt fördern, in der tatsächlich jeder und jede eine reale Chance auf individuellen Aufstieg und Selbstentfaltung hat.

Gewaltbereiter Extremismus, egal ob von rechts, von links oder aus dem islamistischen Umfeld, muss vom wehrhaften demokratischen Rechtsstaat politisch, aber auch mit den Mitteln des Rechts konsequent bekämpft werden. Nach unserer Auffassung gehört neben Präventions- und Ausstiegsprogrammen und einer gut ausgestatteten Polizei auch das Landesamt für Verfassungsschutz dazu, unsere demokratische Freiheit vor Extremisten zu schützen.

Wir wollen den Menschen aber auch individuelle Wohlstands- und Wachstumsperspektiven bieten, denn Chancenlosigkeit bildet den Nährboden für religiösen und politischen Extremismus.

7. Wie schafft Ihre Partei bessere Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben?

Das Ehrenamt ist und bleibt das Rückgrat der Gesellschaft in Thüringen. Es wird leider auch hier systematisch unterschätzt, bürokratisiert und damit im Ergebnis an den Rand gedrängt. Wir Liberalen wollen das private Engagement und die Selbstorganisation der Bürger nicht durch den Staat behindern oder gar verdrängen lassen, sondern uneingeschränkt ermutigen und fördern. Wo immer es private Initiativen gibt, räumen wir ihnen den Vorrang vor dem Staat ein. Deshalb treten wir auch weiterhin Bestrebungen, die die ehrenamtliche Tätigkeit in verantwortungsvoller Position bei den Zivilschutzeinheiten gefährden, insbesondere auf europäischer Ebene, weiter entgegen. Nach dem Vorbild der Ehrenamtskarte wollen wir das soziale Engagement von pflegenden Angehörigen stärker als bisher anerkennen.